

13. 05. 80

Sachgebiet 301

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes
– Drucksachen 8/3301, 8/3972 –

und zu dem vom Bundesrat eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes
– Drucksachen 8/3312, 8/3972 –

Bericht des Abgeordneten Westphal

Mit der sogenannten Experimentierklausel im Deutschen Richtergesetz (§ 5 b) wurde seinerzeit für die Dauer von zehn Jahren die probeweise Einführung einstufiger Ausbildungsgänge, in denen Studium und Vorbereitungsdienst zu einer Theorie und Praxis verbindenden einheitlichen Ausbildung zusammengefaßt werden, ermöglicht. Mit der Beschlußempfehlung des federführenden Rechtsausschusses soll nunmehr, wie in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgeschlagen, für die bis zum 15. September 1981 angelaufenen Modellversuche einer einstufigen Ausbildung die Erprobungsphase um fünf Jahre verlängert werden. Dagegen soll die Verlängerung der Referendardzeit um ein halbes Jahr sowie die Beseitigung der Möglichkeit, die Ausbildungsnote auf das Prüfungsergebnis anzurechnen, abgelehnt werden, da beides einen Vorgriff auf die zukünftige neue bundesein-

heitliche Regelung der Juristenausbildung bedeuten würde.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung hat für den Bundeshaushalt keine Kosten zur Folge. Jedoch würden die Länderhaushalte mit dem Entwurf des Bundesrates durch die Verlängerung des Vorbereitungsdienstes mit Mehrkosten belastet. Diese würden sich durch die Zahl von Anwärterbezügen und durch sächliche und persönliche Ausbildungskosten ergeben. Sie werden auf jährlich 70 bis 80 Millionen DM geschätzt. Der federführende Rechtsausschuß empfiehlt, den Entwurf des Bundesrates in der Drucksache 8/3312 abzulehnen.

Dieser Bericht beruht auf der Beschlußempfehlung des federführenden Rechtsausschusses, der vorschlägt, den Gesetzentwurf in der Drucksache 8/3301 unverändert anzunehmen. Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Bonn, den 13. Mai 1980

Der Haushaltsausschuß

Windelen	Westphal
Vorsitzender	Berichterstatte

